Aus der Gemeinderatssitzung am 11.11.2026

Städtebauförderung; Vorstellung des Ergebnisses Vorbereitende Untersuchungen (VU) und förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets

Frau Wörner von der LBBW Immobilien- und Kommunalentwicklung GmbH stellte dem Gemeinderat die Ergebnisse der Vorbereitenden Untersuchungen für das geplante Sanierungsgebiet „Historischer Ortskern und neue Mitte“ vor.

Die Untersuchungen zeigen einen erheblichen baulichen Erneuerungsbedarf: Rund 47 % der untersuchten Gebäude weisen starke bis schwerwiegende Mängel auf, bei weiteren 48 % wurden erkennbare Mängel festgestellt. Im Rahmen einer Eigentümer- und Bewohnerbefragung wurde insgesamt eine hohe Wohnzufriedenheit festgestellt. Verbesserungsbedarf besteht insbesondere bei der Verkehrssituation, den Aufenthaltsbereichen und den Treffpunktmöglichkeiten.

Zu den geplanten Sanierungsmaßnahmen gehören unter anderem die Modernisierung des Kindergartens, die Umnutzung des „Schanz-Areals“, die Schaffung kommunaler Wohnungen sowie Maßnahmen zur Klimaanpassung.

Für die Gesamtmaßnahme sind Ausgaben von rund 5,835 Mio. Euro vorgesehen. Ein erster Förderrahmen von 2,5 Mio. Euro mit einer bewilligten Finanzhilfe von 1,5 Mio. Euro liegt bereits vor. Weitere Fördermittel sollen über Aufstockungsanträge beantragt werden.

Die Sanierung soll im umfassenden Verfahren nach dem Baugesetzbuch durchgeführt werden. Für private Eigentümer bestehen Fördermöglichkeiten: Modernisierungsmaßnahmen können mit bis zu 25 % der förderfähigen Kosten, höchstens 40.000 Euro, bezuschusst werden. Abbruchmaßnahmen können mit bis zu 80 %, maximal 50.000 Euro, gefördert werden. Voraussetzung ist, dass vor Beginn der Maßnahmen eine entsprechende Vereinbarung mit der Gemeinde abgeschlossen wird.

Mit der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebiets wird ein Sanierungsvermerk in die betroffenen Grundbücher eingetragen. Die Eintragung ist gebührenfrei. Grundstückseigentümer müssen beachten, dass bestimmte bauliche Maßnahmen und Rechtsgeschäfte einer sanierungsrechtlichen Genehmigung bedürfen. Diese Pflicht besteht unabhängig davon, ob Fördermittel beantragt werden.

Beschluss:

- Der Gemeinderat nahm die Ergebnisse der Vorbereitenden Untersuchungen sowie die Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Kenntnis und beschloss einstimmig die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „Historischer Ortskern und neue Mitte“ auf Grundlage des vorgelegten Lageplans und der Sanierungssatzung.
- Die vorgestellten Sanierungsziele, das Neuordnungskonzept und der Maßnahmenplan bilden die Grundlage für die Durchführung der Sanierung. Die Maßnahme wird im umfassenden Sanierungsverfahren nach §§ 152 bis 156a BauGB durchgeführt. Als Durchführungszeitraum wurde der 31. Dezember 2037 festgelegt. Eine Verlängerung ist durch Gemeinderatsbeschluss möglich.
- Darüber hinaus wurden die kommunalen Förderrichtlinien für das Sanierungsgebiet beschlossen. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Sanierungssatzung öffentlich bekannt

zu machen und die Eintragung der Sanierungsvermerke in die betroffenen Grundbücher zu veranlassen.
- Die Finanzierung der Maßnahme soll durch weitere Fördermittel sowie über die kommunale Haushaltsplanung sichergestellt werden.

Eine weitere Bürgerinformation zum Sanierungsverfahren ist für das kommende Jahr vorgesehen.

Abschluss Konzessionsvertrag-Gas mit der BadenovaNetze GmbH

Der Gemeinderat befasste sich mit dem Abschluss eines neuen Konzessionsvertrags für die Gasversorgung mit der BadenovaNetze GmbH aus Freiburg. Herr Wolfgang Marksteiner, Regionalmanager der BadenovaNetze GmbH, stellte das Unternehmen und die wesentlichen Inhalte des Vertrags vor.

Die Badenova ist ein zu 100 % kommunal getragenes Energie- und Umweltdienstleistungsunternehmen. Das Gasnetz in Eggingen umfasst derzeit mehr als 120 Netzanschlüsse. Die bestehende Infrastruktur ist grundsätzlich wasserstofffähig, wobei bei einzelnen Bauteilen gegebenenfalls technische Anpassungen erforderlich werden können.

In der Beratung wurden insbesondere die langfristige Zukunft der Gasversorgung und mögliche Auswirkungen eines rückläufigen Gasverbrauchs thematisiert. Seitens der Badenova wurde erklärt, dass derzeit keine Abschaltung des Gasnetzes geplant sei. Bei einer sinkenden Zahl von Gaskunden könnten allerdings die Netzentgelte steigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmte dem Abschluss des Konzessionsvertrags-Gas mit der BadenovaNetze GmbH einstimmig zu.

Erhöhung der Hundesteuer zum 01. Januar 2027

Die Hundesteuer wurde zuletzt zum 1. Januar 2022 angepasst. Aufgrund gestiegener Kosten und zur Anpassung an die allgemeine Entwicklung wurde eine moderate Erhöhung vorgeschlagen. Die neuen Steuersätze liegen weiterhin im Mittelfeld der umliegenden Gemeinden.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmte der Erhöhung einstimmig zu. Ab dem 1. Januar 2027 gelten folgende Steuersätze:

- Erster Hund: 99 Euro (bisher 90 Euro)
- Zweiter und jeder weitere Hund: 198 Euro (bisher 180 Euro)
- Zwinger: 297 Euro (bisher 270 Euro)

Gleichzeitig wurde die entsprechende Änderungssatzung beschlossen.

Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer ab dem Haushaltsjahr 2027; Neufassung der Hebesatzsatzung

Aufgrund der angespannten finanziellen Situation der Gemeinde und der weiterhin schwierigen Haushaltslage schlug die Verwaltung eine Anpassung der Grundsteuerhebesätze vor. Die letzte Erhöhung in Eggingen erfolgte im Jahr 2010. Die Anpassung der Hebesätze im Zuge der Grundsteuerreform zum 1. Januar 2025 war für die Gemeinde aufkommensneutral.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschloss mit acht Ja-Stimmen und einer Gegenstimme, die Hebesätze zum 01. Januar 2027 wie folgt neu festzusetzen:

- Grundsteuer A: 270 % (bisher 220 %)
- Grundsteuer B: 470 % (bisher 410 %)

Durch die Anpassung werden Mehreinnahmen von rund 30.000 Euro erwartet. Gleichzeitig wurde die Neufassung der Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) beschlossen.

Beratung und Beschlussfassung über die Teilnahme an der Bündelausschreibung Strom für den Lieferzeitraum 01.01.2028 - 31.12.2030

Die derzeitigen Stromlieferverträge der Gemeinde laufen zum 31. Dezember 2027 aus. Um eine wirtschaftliche und verlässliche Stromversorgung für die Folgejahre sicherzustellen, beschloss der Gemeinderat die erneute Teilnahme an der Bündelausschreibung des Gemeindetags Baden-Württemberg über die GT-Service-Dienstleistungsgesellschaft mbH.

Die Ausschreibung umfasst sämtliche 34 Abnahmestellen der Gemeinde für den Zeitraum vom 01. Januar 2028 bis zum 31. Dezember 2030. Dabei soll ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien (100 % Ökostrom) ohne verpflichtende Neuanlagenquote ausgeschrieben werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmte der Teilnahme und der Beauftragung der GT-Service GmbH einstimmig zu. Die Gesellschaft wird auch mit der Durchführung der Ausschreibung und der Zuschlagserteilung beauftragt.

Wahl des 1. Bürgermeister-Stellvertreters

Im Gemeinderat war das Funktionsamt des ersten Bürgermeister-Stellvertreters (BGM-Stellv.) neu zu besetzen, nachdem der bisherige 1. Stellvertreter Holger Kostenbader im Juli um die Entlassung aus seiner Stellvertreter-Funktion gebeten hatte. Bei der offen durchgeführten Wahl wurde der bisherige 2. BGM-Stellv., Herr Pirmin Wiethaler, einstimmig (bei eigener Enthaltung) zum neuen 1. BGM-Stellv. gewählt. Er nahm die Wahl an.

Nachdem der Gemeinderat den bisherigen 2. zum neuen 1. BGM-Stellv. wählte, musste das freigewordene Funktionsamt des 2. BGM-Stellv neu besetzt werden. Das Gremium wählte ebenfalls in offen durchgeführter Wahl Herrn Matthias Bächle einstimmig zum neuen 2. Bürgermeister-Stellvertreter.

Bürgermeister Gantert bedankte sich abschließend bei Herrn Holger Kostenbader für seine sehr gute geleistete Arbeit als Bürgermeister-Stellvertreter in den vergangenen Jahren.

Bekanntgaben

Die nächste öffentliche Gemeinderatssitzung findet voraussichtlich am Mittwoch, 16. Dezember 2026, um 19:00 Uhr statt.

Anträge / Anfragen

Aus dem Gemeinderat wurde nach möglichen Maßnahmen zum Schutz der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte vor extremer Sommerhitze in der Grundschule gefragt.

Bürgermeister Gantert informierte, dass die Anschaffung dezentraler Klimageräte für einzelne Klassenräume im Rahmen der Haushaltsberatungen behandelt werden soll. Eine zentrale Klimaanlage ist nicht vorgesehen. Ein entsprechendes Angebot wird in Kürze erwartet. Die Auswahl der auszustattenden Räume soll in Abstimmung mit der Lehrerschaft erfolgen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben das Wort

Es gab keine Wortmeldungen aus der Bürgerschaft.

Im Anschluss wurde die Gemeinderatssitzung in nichtöffentlicher Sitzung fortgesetzt.